

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches  
Departement für Wirtschaft, Bildung und  
Forschung (WBF)  
Herr Johann N. Schneider-Ammann  
Bundesrat  
3003 Bern

Frauenfeld, 22. September 2015  
768

## **Bundesgesetz über die Zusammenarbeit des Bundes mit den Kantonen im Bildungsraum Schweiz (Bildungszusammenarbeitsgesetz, BiZG)**

### **Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum Bundesgesetz über die Zusammenarbeit des Bundes mit den Kantonen im Bildungsraum Schweiz (Bildungszusammenarbeitsgesetz, BiZG) Stellung nehmen zu können. Aus unserer Sicht sind folgende Bemerkungen anzubringen:

#### **I. Allgemeine Bemerkungen**

1. Grundsätzlich sind wir einverstanden mit den im erläuternden Bericht enthaltenen Darlegungen zur verfassungsmässigen Abstützung, zum Stellenwert und zur Ausrichtung der Bildungszusammenarbeit von Bund und Kantonen.
2. Das BiZG ersetzt verschiedene Rechtsgrundlagen, die bisher die Zusammenarbeit und Mitfinanzierung des Bundes begründet haben, namentlich das jeweils auf vier Jahre befristete Bildungssteuergesetz. Entscheidend für die Beurteilung des neu vorgeschlagenen Gesetzes aus Sicht des Kantons Thurgau ist, dass die eingeübte Zusammenarbeit von Bund und Kantonen in den Bereichen
  - Bildungsmonitoring / Bildungsberichterstattung sowie
  - Qualitätsentwicklung / Qualitätssicherung am System

auf Ebene der zuständigen Behörden, Verwaltungen und Institutionen unkompliziert und partnerschaftlich weitergehen kann und dass die Bundesbeiträge an die entsprechenden Vorhaben (Monitoring und Bildungsbericht, PISA) und Institutionen

(SKBF, educa, SDBB, WBZ CPS, IFES) auf sicherer Rechtsgrundlage verlässlich ausgerichtet werden. Die Führung eines kohärenten Bildungssystems und die Sicherung seiner Qualität erfordern kontinuierliche und strukturelle Massnahmen, an deren Finanzierung sich der Bund auf gesamtschweizerischer Koordinationsebene mit Grund, nämlich im Rahmen seiner eigenen Verantwortung (zusammen mit den Kantonen) für Qualität und Durchlässigkeit des Bildungsraumes Schweiz, beteiligt.

3. Bisher war stets unterstrichen worden, der Bund benötige im vorliegenden Zusammenhang eine gesetzliche Grundlage, worin sämtliche Vorhaben und Institutionen, welche Bundesbeiträge erhalten sollen, im Einzelnen explizit benannt würden. Der Feststellung im erläuternden Bericht, dass sich die Festlegung konkreter Vorhaben im Gesetz nicht eigne für eine unbefristete, der laufenden Dynamik Rechnung tragende Rechtsgrundlage, kann gefolgt werden – nur wurde bisher stets genau gegenteilig argumentiert. Der Regierungsrat erwartet auf jeden Fall eine verlässliche Partnerschaft auch in der Finanzierung und geht davon aus, dass die in die Vernehmlassung gegebene Gesetzesfassung nach Treu und Glauben alle fraglichen, seit langem bekannten Vorhaben und Institutionen auch wirklich langfristig abdecken wird. Die Umsetzung des BiZG darf auf keinen Fall dazu führen, dass der Bund seine bisherigen Unterstützungsleistungen und -verpflichtungen nicht mehr erfüllt.
4. Mit den „Grundsätzen über die Ziele der Zusammenarbeit“, wie der erläuternde Bericht sie darstellt, und den Massnahmen, welche der Bericht den Zielen zuordnet, sind wir einverstanden.
5. Bei den Rahmenbedingungen für eine finanzielle Beteiligung des Bundes ist aus unserer Sicht absolut zentral, dass der Bund bei der Festlegung seines maximal hälftigen Kostenanteils immer von den Gesamtkosten der Massnahmen, das heisst, unter Einbezug aller kantonalen Leistungen (Vollkostenrechnung), ausgeht.
6. Was die übrigen „Grundsätze über die Organisation der Zusammenarbeit“ und jene „über das Führen gemeinsamer Institutionen“ anbelangt, soll es keinesfalls zu einer Verkomplizierung der bisher geübten, sehr pragmatischen, in den angestammten Strukturen leistbaren und geleisteten Zusammenarbeit kommen.

## **II. Bemerkungen zu einzelnen Artikeln**

### **Artikel 1 Abs. 3**

Hier wäre allenfalls zu ergänzen, dass durch die Zusammenarbeitsvereinbarung wohl nicht nur Ziele und Organisation der Zusammenarbeit, sondern auch deren Inhalt geregelt werden.

3/3

Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident des Regierungsrates



Der Staatsschreiber

